

Oskar Weggel

Neuer Anlauf zur Lösung der Koreafrage

China als Beteiligter an den New Yorker Vierergesprächen

Gliederung:

- 1 Gedenktage, Rituale - und vielleicht sogar ein Durchbruch
- 2 Der Klimasturz im chinesisch-koreanischen Verhältnis
- 2.1 Ausgangspunkt der Spannungen: Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und Seoul
- 2.2 1950 - 1990: „Lippen und Zähne“
- 2.3 1992/93: Ein Jahr der Hochspannung
- 2.4 Schadensbegrenzung
- 2.5 Kim Il Songs Tod und die Flucht Hwang Jang-Yops
- 2.6 Hungersnot in Nordkorea - und die Hilfe Chinas
- 2.7 Dandong als Region des Ausgleichs
- 3 Die Vierergespräche in New York: Themen und mögliche Ergebnisse

1 Gedenktage, Rituale - und vielleicht sogar ein Durchbruch

Zur Jahresmitte 1997 entwickelte Nordkorea sich in der chinesischen Außenpolitik wieder einmal zu einem Hauptthema - eine Entwicklung, die von der Beijinger Führung nicht gerade mit Behagen zur Kenntnis genommen wird, obwohl sie sich nach außen hin alle Mühe gibt, freundliche Miene zu zeigen und jene Rituale fortzusetzen, die sich zwischen Pyongyang und Beijing nun einmal seit Jahrzehnten eingespielt haben: Da waren erstens die 36. Gedenkfeiern zu dem am 11.7.1961 zwischen beiden Ländern abgeschlossenen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Zweitens fanden am 8. Juli die Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des dritten Todestags von Kim Il Sung statt, an denen diesmal in Beijing kein Geringerer als die Nr.3 in der chinesischen Führung, Qiao Shi, teilnahm.¹ Drittens tauchte ein weiterer „Gedenktag“ auf, der zwischen beiden Seiten allerdings nicht offen angesprochen wurde, weil er zu peinlich ist, nämlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und Seoul am 24.8.1992.² Viertens galt es, wenn auch äußerst taktvoll, die Hungersnot in Nordkorea zu thematisieren, die bis Anfang August offensichtlich schon Zehntausende von Menschen, vor allem Kinder, in Nordkorea dahingerafft hatte und von der sich das durch jahrzehntelange Mißwirtschaft und zusätzlich auch noch durch eine Trockenheitskatastrophe hernuntergewirtschaftete Land offensichtlich auf lange Zeit nicht erholen dürfte. Trotz aller gegenseitigen Spannungen muß Nordkorea doch eingesehen haben, daß die VRCh die einzige noch einigermaßen zuverlässig funk-

tionierende Quelle für Ersatzteile und Lebensmittel geblieben ist. Immer wieder hat die Volksrepublik ja Hilfe geleistet, so z.B. im Oktober 1995.³ Auch in der Notlage des Jahres 1997 ist die VR China erneut gefragt, wobei sie nicht nur staatliche Hilfe zur Verfügung stellt, sondern auch ihre Privathändler frei gewähren läßt, die durchaus auf Gewinnbasis arbeiten und mit der nordkoreanischen Not einträgliche Geschäfte zu machen wissen, indem sie Lebensmittel ins Nachbarland liefern und dafür im Gegenzug Schrott und Heilgräser für medizinische Tinkturen eintauschen, wobei der Schrott z.T. aus demontierten Fabriken, also aus der industriellen Substanz, stammt.

Ein sechster Anlaß, der Nordkorea wieder ins Scheinwerferlicht gebracht hat, ist die Vereinbarung eines Vierparteiengesprächs, die am 30. Juni 1997 in New York getroffen wurde: dort hatten Delegationen aus Nord- und Südkorea sowie aus den USA vier Monate lang miteinander verhandelt und waren endlich zu der Vereinbarung gekommen, daß am 5. August - ebenfalls in New York! - „Vorbereitungsgespräche“ beginnen sollen, an denen vier Parteien teilnehmen, nämlich die beiden koreanischen Staaten sowie die USA - und China.

Die Gespräche in New York hatten sich so lange hingezogen, weil die nordkoreanische Seite jedes Verhandlungsgeständnis an die Bedingung von Nahrungsmittellieferungen geknüpft hatte. Die USA und Südkorea hatten sich jedoch dagegen gewehrt, daß zwischen diesen beiden Fragen, nämlich der Sicherheitsproblematik und der Hungerkatastrophe in ein Junktim hergestellt würde. Erst nachdem der Vertreter Pyongyangs seine Nahrungsmittellieferungskonditionen hatte fallen lassen, war die Vereinbarung von „Vorbereitungsgesprächen“ unterschriftsreif geworden.

Die chinesische Seite zeigte sich über das New Yorker Verhandlungsergebnis, vor allem aber über die Einladung zur Teilnahme an den Gesprächen, höchst angetan. China werde an diesen Gesprächen selbstverständlich teilnehmen, versicherte Tang Guoqiang, ein Sprecher des Außenministeriums am 2. Juli.⁴

2 Der Klimasturz im chinesisch-koreanischen Verhältnis

Die Teilnahme an den New York-II-Gesprächen gibt China eine Gelegenheit, Spannungen abzubauen, die sich seit 1992 von Jahr zu Jahr stärker aufgebaut hatten und die der chinesischen Formel von einer angeblich „unzerbrüchlichen nordkoreanisch-chinesischen Freundschaft“ und von einem „Verhältnis wie zwischen Lippen und Zähnen“ Hohn sprachen.

2.1 Ausgangspunkt der Spannungen: Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und Seoul

Die Spannungen hatten bekanntlich an jenem 24.8.92 begonnen, als Chinas Außenminister Qian Qichen in Beijing seine Unterschrift unter das Abkommen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VRCh und der Republik (Süd)Korea setzte. In Punkt 3 dieses Abkommens hatte die Republik Korea die Regierung der VR China als einzige legale Regierung Chinas anerkannt und im Gegenzug dafür die Zusicherung bekommen, daß China den Wunsch Seouls nach einer „friedlichen Wiedervereinigung“ Koreas unterstütze. Schon vorher, nämlich 1991, hatte Beijing den Alleinvertretungsanspruch Nordkoreas dadurch untergraben, daß es im September dieses Jahres seine Zustimmung dafür erteilte, daß Südkorea in

¹XNA, 9.7.97.

²Dazu C.a., 1992/8, Ü7.

³Vgl. dazu C.a. 1995/10, S.965/13.

⁴XNA, 3.7.97.

die UNO aufgenommen wurde. Beide Schritte, nämlich die Befürwortung der UNO-Mitgliedschaft Südkoreas und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen waren eine logische Konsequenz der immer dichter - und auch für Beijing höchst profitabel - gewordenen Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Seiten, deren Handel 1991 bereits 6 Mrd. US\$ und 1992 gar 10 Mrd. US\$ erreicht hatte. Zugleich hatten die südkoreanischen Investitionen in China eine steile Kurve nach oben vollzogen.

Zwar hatten beide Seiten betont, daß die offizielle gegenseitige Anerkennung nicht gegen Pyongyang gerichtet sei, und auch das Protokoll war höchst „spartanisch“ gehalten worden.⁵

Nordkorea aber war über das Vorgehen der VR China offensichtlich aufs tiefste verletzt - und empört.

2.2

1950 - 1990: „Lippen und Zähne“

Immerhin hatten beide Staaten jahrzehntelang aufs engste miteinander zusammengearbeitet: In beiden Staaten hatten sich kommunistische Parteien durchsetzen können. Am 8.10.1950 waren chinesische „Volksfreiwillige“ in den Koreakrieg interveniert und hatten die nordkoreanischen Truppen im letzten Augenblick vor einer verheerenden Niederlage gerettet. Während des kämpferischen Geschehens verloren 1 Mio. chinesische Soldaten - neben „nur“ 800.000 nordkoreanischen Kämpfern - ihr Leben. Auch nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens vom 28.7.1953 in Panmunjon blieb die politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit eng. Acht Jahre später, nämlich am 11.7.1961, schlossen beide den bereits erwähnten Freundschaftsvertrag, in dessen Artikel 2 es heißt, daß „die vertragsschließenden Parteien sich verpflichten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um jede Aggression gegen eine der beiden Seiten zu verhindern. Sollte eine der vertragsschließenden Parteien einem bewaffneten Angriff von seiten eines oder mehrerer Staaten ausgesetzt sein und infolgedessen in einen Krieg verwickelt werden, muß die andere Vertragspartei sofort mit allen Mitteln militärische und andere Hilfe leisten.“ Im übrigen dürfe (gemäß Art.3) „keine der vertragsschließenden Parteien ein Bündnis eingehen, das sich gegen den Vertragspartner richtet“ - kam aber, so mußte sich mancher Nordkoreaner fragen, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Chinas mit dem Erzfeind Südkorea nicht einem solchen „Bündnis“ gleich? Weiterhin hieß es (Art.4), daß die beiden Seiten „einander weiterhin in allen wichtigen internationalen Fragen, die für beide Seiten von gemeinsamen Interesse sind, konsultieren“.⁶ Hatte China mit den diplomatischen Beziehungen schließlich nicht auch die hier vereinbarte Konsultationspflicht verletzt?

2.3

1992/93: Ein Jahr der Hochspannung

Kurzum: Seit August 1992 waren die Beziehungen zwischen den beiden alten Verbündeten fast völlig aus dem Lot geraten.

Noch im gleichen Monat nahmen nordkoreanische Schnellboote chinesische Fischerboote unter Feuer, wobei es auf chinesischer Seite zu schweren Verlusten kam.

Als dann im darauffolgenden September der damalige südkoreanische Ministerpräsident Roh Tae Woo Beijing besuchte, sollen angeblich fünf nordkoreanische Agenten in die chinesische Hauptstadt eingeschleust worden seien, um

dort den südkoreanischen Gast zu ermorden. Die chinesische Seite habe von den Plänen jedoch rechtzeitig Wind bekommen und sie durchkreuzen können.⁷

Im Dezember 1992 gab die chinesische Seite bekannt, daß alle chinesischen Exporte nach Korea mit Beginn des Jahres 1993 nur noch gegen Barzahlung geliefert würden und nicht mehr auf dem Tauschwege.

Als Antwort darauf begann Nordkorea die Grenze zu China hin verstärkt unter Kontrolle zu nehmen und sie Mitte März 1993 eine Zeitlang sogar hermetisch abzuriegeln. Auch sagte Pyongyang den für März 1993 ursprünglich geplanten Besuch Kim Jong IIs, des Sohnes Kim Il Sungs, ab.

Am 12. März 1993 erklärte Pyongyang, daß es aus dem Atomwaffensperrvertrag wieder austrete, dem es gerade erst, nämlich Anfang 1992, beigetreten war.⁸ Diese Erklärung wurde für die Chinesen offensichtlich zu einer Art Alptraum; denn nichts paßt weniger in ihre außenpolitischen Planungen als ein Atomwaffenbesitz Nordkoreas. Beijing konnte sich überdies die potentiellen Reaktionen anderer Nachbarstaaten auf die Ankündigungen Pyonyngs an den fünf Fingern ausrechnen: Südkorea würde vermutlich nicht mehr ruhen, bis es ebenfalls im Besitz einer gleichwertigen Waffe war - und möglicherweise würde sich bald auch noch Japan mit ähnlichen Plänen tragen.

Außenminister Qian Qichen erklärte denn auch auf der Stelle, daß China von Sanktionen gegen Nordkorea, wie sie beispielsweise von den USA vorgeschlagen wurden, zwar abrate, daß es andererseits aber eine klare Position vertrete, indem es seinen Einspruch gegen Atomwaffen auf der Koreanischen Halbinsel erhebe.⁹

Weiteren Ärger löste in Pyonyng auch der Besuch des chinesischen Außenministers Qian Qichen im Mai 1993 in Seoul aus: Qian habe den südkoreanischen Gastgeber in der Nuklearfrage „nach dem Mund geredet“; ferner habe er den Abschluß eines „Abkommens über Meeresschiffahrtsverbindungen“ vorgeschlagen und zahlreiche Gespräche mit der südkoreanischen Geschäftswelt aufgenommen. Dieses Verhalten kam aus der Sicht Pyonyngs offensichtlich erneut einem Verrat gleich.¹⁰

Vor allem amerikanische Presseorgane begannen zu diesem Zeitpunkt Meldungen über angeblich blutige chinesisch-nordkoreanische Zwischenfälle entlang der gemeinsamen Grenze zu verbreiten. Die nordkoreanische Seite hielt es daraufhin immerhin für nötig, Behauptungen dieser Art offiziell zu dementieren.¹¹

2.4

Schadensbegrenzung

Anlaß für diese Abwiegung war offensichtlich der 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens vom 28. Juli 1953, also eines Vertragswerks, das den Nordkoreanern die unbestreitbaren Verdienste der Chinesen erneut in Erinnerung rief: China hatte, wie bereits ausgeführt, auf den nordkoreanischen Schlachtfeldern 1 Mio. Soldaten verloren - unter ihnen übrigens auch einen Sohn Mao Zedongs; auch sonst hatte sich China an alle Abmachungen gehalten: bis Oktober 1958 beispielsweise war der Rest aller chinesischen Verbände aus dem Nachbarland abgezogen und am 11.7.1961 daraufhin der bereits erwähnte Freundschaftsvertrag geschlossen worden. Ra-

⁷C.a., 1993/4, Ü2.

⁸Dazu ausführlich C.a., 1993/3, Ü2.

⁹Ebd.

¹⁰C.a., 1993/5, Ü3.

¹¹Ebd.

⁵Im einzelnen dazu C.a. 1992/8, Ü7.

⁶Abgedruckt in *Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten*, Bd. XIII/5 der Schriften des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1971, S.174 f.

dio Seoul wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag endlich eine gewisse Entspannung herbeigeführt hätten, nachdem die beiden einstigen Verbündeten bis Mitte 1993 praktisch „an den Rand eines Krieges geraten waren“.¹²

Seit den Gedenkfeierlichkeiten vom Juli 1993 begann sich die Aufgeregtheit zwischen Beijing und Pyongyang in der Tat etwas zu legen. Beijing wurde mit seinen Äußerungen noch zurückhaltender und versuchte, die mit Nordkorea entstandenen Probleme, vor allem die Frage der nordkoreanischen Nuklearrüstung mehr oder weniger auszusetzen - und dies, obwohl viele Staaten der Welt, vor allem die USA und Japan, die VRCh immer wieder aufforderten, ihren doch immer noch vorhandenen Einfluß auf Nordkorea geltend zu machen und Pyongyang in der Nuklearfrage zur Vernunft zu bringen.¹³

Immerhin stimmte China einer Resolution des UNO-Sicherheitsrats von Anfang Juni 1994 zu, derzufolge Vertreter der Internationalen Atomenergie-Behörde ungehinderten Inspektionszugang zum Nuklearreaktor von Yongbyon erhalten sollten. Auch hier verhält sich Beijing wieder einmal höchst unschlüssig: einerseits plädierte es für die Zulassung von Kontrollen durch die IAA, andererseits aber lehnte sie für den Fall einer Weigerung Pyongyangs dann doch Sanktionen gegen Nordkorea ab.

Im Juni 1994 erhielt die Diskussion noch einmal dadurch eine Wende, daß sich auf nordkoreanischer Seite das Militär einschaltete und eine Delegation nach Beijing entsandte, wobei es offensichtlich zur gemeinsamen Besinnung auf die „gute alte Zeit“ kam. Zum ersten Mal tauchte hier die lange nicht mehr gehörte Formel wieder auf, daß sich nämlich China und Korea zueinander wie „Lippen und Zähne“ verhielten.¹⁴ Kurze Zeit später besuchte auch eine VBA-Delegation die DVRK. Ganz unvermittelt ergab sich hier die Gefahr eines Konflikts zwischen zwei „Subsystemen“ der chinesischen Politik, nämlich zwischen dem außenpolitischen Apparat, der eine eher harte Linie gegen Pyongyang steuern wollte und dem Militärapparat, in dessen Reihen offensichtlich noch die Nostalgie vergangener Gemeinsamkeiten nachwirkte.

2.5
Kim Il Songs Tod und die Flucht Hwang Jang-Yops
Neben der Nuklearfrage sorgten noch zwei weitere Ereignisse für eine Verstärkung der Ungewißheiten zwischen Nordkorea und China, nämlich der Tod Kim Il Songs am 9. Juli 1994, der die Kontinuitätsfrage aufwarf, sowie die Flucht des nordkoreanischen Spitzenfunktionärs Hwang Jang-Yop in die südkoreanische Botschaft in Beijing am 12. Februar 1997. Der Vorfall schlug damals wie eine Bombe ein, da Hwang einer der höchstrangigen Politiker Nordkoreas war: er gehörte mit zu den zehn Hauptentscheidungsträgern im ZK der Koreanischen Arbeiterpartei und gilt als Hauptideologe sowie als geistiger Vater der Juche (Autarkie)-Politik, die als nordkoreanisches Markenzeichen in die politische Diskussion der vergangenen Jahrzehnte eingegangen ist.

Vermutlich war diese Flucht für den neuen Machthaber Nordkoreas, Kim Jong Il, ein ähnlicher Schock wie der Tod seines Vaters Kim Il Songs im Jahre 1994.

Hwang hatte am Morgen des 12. Februar die nordkoreanische Botschaft in der chinesischen Hauptstadt ver-

lassen, war direkt zum Botschaftsgebäude der Republik (Süd)Korea geeilt und hatte dort um Asyl gebeten.

Nordkorea verlangte, daß ihm die VRCh dazu verhilfe, diesen Gesichtsverlust möglichst schnell wieder zu beseitigen. Die chinesische Regierung befand sich damit vor einer harten Entscheidung. Drei Optionen standen ihr zur Wahl: sie konnte Hwang gegen seinen Willen entweder nach Nordkorea zurückschicken und damit beweisen, daß sich Nordkorea und China in der Tat noch wie „wie Lippen und Zähne“ zueinander verhielten; damit aber hätte Beijing schnell wieder die Kritik aller Welt, vor allem aber Seouls auf sich gezogen. Sie konnte zweitens die „heiße Kartoffel“ Hwang in ein drittes Land fallen lassen, z.B. nach Japan, das für Hwang offensichtlich ebenfalls als Alternative in Frage kam, oder sie konnte, drittens, Hwang nach Südkorea, dem Ziel seiner eigentlichen Wünsche, ausreisen lassen. Dazu aber mußte sie nachweisen, daß keine Entführung vorlag, sondern daß der Spitzenpolitiker freiwillig ins Lager des Feindes übergeschwenkt war.¹⁵ Die Überlegungen Beijings wurden dadurch verzögert, daß Deng Xiaoping am 20. Februar das Zeitliche segnete - und der chinesische Führungsapparat damit eine Zeitlang von seinen Tagesgeschäften abgelenkt war. Am Ende aber entschied sich die Führung für die Südkorea-Option und ließ Hwang mit einem Sonderflugzeug via Xiamen auf die Philippinen ausfliegen, von wo er nach Südkorea gebracht wurde.

Erneut hatte die VRCh damit den Südkoreanern vor Nordkorea Vorrang gegeben - eine Entscheidung, die auch wirtschaftlich bedingt war. Hatte der Außenhandel mit Südkorea doch 1996 bereits 12 Mrd. US\$ - und das Investitionsvolumen rund 1 Mrd. erreicht. Gleichzeitig war der Außenhandel mit Nordkorea auf etwa 50 Mio. zusammengeschrumpft - und dies mit weiter sinkender Tendenz.¹⁶

Eine Zeitlang schienen die chinesischen Behörden sogar Anschläge nordkoreanischer Terroristen, ja vielleicht sogar ein Kidnapping Hwangs zu befürchten. Angeblich hatten sich mit Diplomatenpässen versehene nordkoreanische Terroristen bereits in einem Hotel neben der Residenz des südkoreanischen Botschafters in Beijing einquartiert; darüber hinaus sollen acht Selbstmordkommandos bereitgestanden sein, Hwangs Aufenthaltsort zu stürmen.

Erst als die chinesische Regierung umfangreiche Lebensmittellieferungen zugesagt habe, sei diese Gefahr etwas abgeflaut.¹⁷

2.6
Hungersnot in Nordkorea - und die Hilfe Chinas
1996 und 1997 kam es in der DVRK zu verheerenden Hungerkatastrophen. Es waren vor allem koreanische Flüchtlinge, die über das in Nordkorea herrschende Elend drastische Berichte lieferten. 17 dieser Flüchtlinge konnten Anfang Dezember 1996 auf geheimem Weg das Land verlassen. Im ganzen Jahr waren es 34 Flüchtlinge, 1995 38 und 1994 50 gewesen.¹⁸

Bereits Mitte 1996 auch hatte China den Nordkoreanern 100.000 t Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt, um die schon damals überall sich abzeichnenden Hungersnöte, die 1996 nicht durch Trockenheit, sondern durch sommerliche Überschwemmungen verursacht waren, soweit wie möglich zu mildern.¹⁹

¹⁵Dazu C.a., 1997/2, Ü10 m.N.

¹⁶AWSJ, 14-15.2.97.

¹⁷Der Spiegel, 1997, Nr.16, S.139.

¹⁸IHT, 6.12.96.

¹⁹C.a., 1996/7, Ü4.

¹²Dazu m.N. C.a., 1993/7, Ü1.

¹³C.a., 1994/6, Ü1 m.N.

¹⁴XNA in SWB, 9.6.94.

1997 lieferte China erneut kostenlos Getreide an Nordkorea, und zwar am 21. Juni 70.000 t.²⁰

Am Rande von Hilfslieferungen forderte Beijing die Nordkoreaner immer wieder dazu auf, sich marktwirtschaftlichen Reformen zu öffnen. China habe damit selbst allerbeste Erfahrungen sammeln und beweisen können, daß das „sozialistische System am Ende doch überlegen“ sei.²¹ Der (immer noch inoffizielle) Nachfolger Kim Il Songs, Kim Jong Il, bezeichnete ein solches Umschwenken zur Marktwirtschaft jedoch als Verrat am Sozialismus. Es scheint ihm damit umso ernster zu sein, als eine breite Gegnerschaft in Nordkorea gegen den „Sohn“ ebenfalls für Wirtschaftsreformen plädiert - und die Reformfrage damit in den Mittelpunkt eines Machtkampfes in Pyongyang geraten ist.

Angesichts der wachsenden Hungersnot schwimmen dem „Sohn“ allerdings immer mehr die Felle davon.

Ärgerlich für Kim Jong Il, daß die Befürworter eines chinesischen Reformkurses in Nordkorea gleichzeitig immer mehr an Boden gewinnen.

Die Führung sucht all diese Probleme und Auseinandersetzungen dadurch „klein zu halten“, daß sie das Land nach außen hin noch stärker abschottet, daß alles und jedes zum Staatsgeheimnis erklärt wird und daß vor allem keine ausländischen Journalisten ins Land gelassen werden, die aus eigener Anschauung über die Misere der Bevölkerung berichten könnten. Die Zeit - und die Not - arbeiten allerdings gegen alle Bremsversuche.

2.7

Dandong als Region des Ausgleichs

Kontakte wirtschaftlicher Art nehmen ihren Ausgangspunkt zumeist von der größten Grenzstadt Chinas, Dandong aus, das am rechten Mündungsufer des Yalu-Flusses in der Provinz Liaoning liegt und das mittlerweile zu einem der Hauptanziehungspunkte für ausländische Investitionen in Nordchina geworden ist - wohl in der Erwartung, daß nach einer Lösung der Nordkoreafrage hier gewaltige Nachfrage entsteht.²² Geplant ist u.a. eine Autobahnstrecke zwischen Japan und Großbritannien - ein Jahrhundertprojekt! -, die bei Dandong auf chinesisches Gebiet einfädelt. Hauptinvestoren in Dandong sind mittlerweile südkoreanische Firmen.

In Dandong finden auch immer wieder politische Zeremonien statt, die an die Zusammenarbeit zwischen China und Nordkorea erinnern.

3

Die Vierergespräche in New York: Themen und mögliche Ergebnisse

Truppenentflechtung, gegenseitige Anerkennung der beiden koreanischen Staaten, Lebensmittelhilfe, Denuklearisierung und möglicherweise sogar Wiedervereinigung - dies sind die Themen, die fortan auf der Tagesordnung stehen. Kurzfristig ist nichts dringlicher, als eine Deeskalation der Grenzspannungen:

Entlang der innerkoreanischen Grenze am 38. Breitengrad stehen 670.000 südkoreanische Soldaten gemeinsam mit 37.000 amerikanischen GIs Gewehr bei Fuß. Die Soldatenzahl auf der Gegenseite dürfte sogar noch etwas höher liegen. Auch der Luftraum wird aufs dichteste bewacht, da Südkoreas Hauptstadt Seoul gerade einmal 50 km südlich

der nordkoreanischen Grenze liegt - nur etwa zwei Flugminuten für ein Kampflugzeug, so daß lange Zeit die Frage im Raume stand, ob die Stadt im Ernstfall überhaupt verteidigt werden könne.

Trotz gespannter Wachsamkeit war es in der Tat während der vergangenen Jahre immer wieder zu nordkoreanischen Infiltrationserfolgen gekommen, vor allem in den 60er und 70er Jahren, doch zuletzt auch wieder im September 1996, als 26 auf Infiltration spezialisierte nordkoreanische Offiziere an Bord eines U-Boots in südkoreanische Hoheitsbereiche eingedrungen waren und dort nur deshalb hatten entdeckt werden können, weil ihr U-Boot wegen eines Maschinenschadens auftauchen mußte.

Der Vorfall erinnerte die drei Gesprächspartner Nordkoreas, nämlich die USA, Südkorea und China, erneut daran, daß in Ostasien nichts gefährlicher ist als die Instabilität Nordkoreas.

Obwohl das Regime in Pyongyang mit Hunger und Rohstoffverknappung zu kämpfen hat, wendet es immer noch einen Großteil seines Staatshaushalts für Militärausgaben auf und versuchte sogar, Atomwaffen zu entwickeln und Raketen zu bauen.

Offensichtlich gibt es in diesem Zustand keine militärische, sondern nur noch eine politische Lösung.

Ferner gilt es, ein konstruktives Verständnis zwischen den beiden so ungleichen koreanischen Teilstaaten herzustellen:

Die Unterschiede zwischen Nord- und Südkorea sind gewaltig. Die „Demokratische Volksrepublik“ im Norden zählt 23 Mio. Menschen und verfügt über ein Bruttosozialprodukt von lediglich rund 20 Mrd. US\$ (1996). Die „Republik Korea“ kommt auf 44 Mio. Einwohner und auf ein BSP von 338 Mrd. US\$.

Die nun definitiv vereinbarten New Yorker Vierergespräche könnten langfristig ein Ventil sein, durch das sich der innerkoreanische Druck entlädt: nicht nur die Lösung der Nuklear-, sondern vor allem der Sicherheits- und der damit eng verbundenen Reform- und Wirtschaftsfragen stehen zur Diskussion.

Die VR China könnte bei diesen Gesprächen, wenn sie es geschickt anfängt, in der Tat zum eigentlichen Katalysator werden, und damit erneut einen Beweis für ihre Rolle als neue Ordnungsmacht in Asien liefern.

Eines der Ergebnisse der neuen Viererrunde könnte auch darin bestehen, daß der Waffenstillstandsvertrag von 1953 durch einen formellen Friedensvertrag abgelöst wird, in dem auch die Sicherheitslage neu zu definieren wäre. Auch könnten die Vierergespräche der erste Schritt auf dem Langen Marsch zur Wiedervereinigung Koreas sein, vor der allerdings beide Seiten Angst haben - die Nordkoreaner, weil sie wissen, daß das südkoreanische System in ihr Land geradezu implodieren würde, Südkorea aber, weil es sich - vor allem anhand des Studiums der deutschen Wiedervereinigung - längst konkrete Vorstellungen darüber gemacht hat, wie teuer die südkoreanische Wirtschaft eine solche Wiedervereinigung zu stehen käme.

Ziel der neuen Vierergespräche muß kurzfristig eine Entschärfung der brisanten Spannungen, mittelfristig eine Einbindung Nordkoreas und langfristig vielleicht sogar die Wiedervereinigung sein.

²⁰XNA, 9.7.97.

²¹Näheres dazu C.a., 1997/1, Ü6.

²²BRu, 1993, Nr.33, S.20-24.

Yu-Hsu Nieh

Serie von politischen Beben in Taiwan

Niedergang des Li Denghui-Mythos

Die politische Landschaft Taiwans wurde in letzter Zeit durch eine Reihe von Ereignissen erdbebenartig erschüttert. Die Ära Li Denghuis (Lee Teng-hui, 74), Staatspräsident und Parteivorsitzender der Regierungspartei KMT (Kuomintang), nähert sich dem Ende. Neue Machtkämpfe der sogenannten „mittleren Generation“ (*zhongshengdai*) um seine Nachfolge sind so gut wie programmiert oder haben bereits begonnen. Li, ursprünglich Professor für Landwirtschaft an der Universität Taiwan, galt früher als ein farbloser Politiker. Von 1984-1988 war er ein sehr unauffälliger Vizepräsident unter Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo), übernahm aber nach dessen Tod im Januar 1988 das Präsidialamt. Nachdem er noch im selben Monat auch zum Parteivorsitzenden der KMT gewählt worden war, begann er eine „Säuberungswelle“. Mit der geschickten Taktik *yuqu guyu* (erst geben, um dann zu nehmen), d.h. zuerst Beförderung und dann Entlassung des potentiellen Gegners, hat er alle einflußreichen Vertrauten seines Vorgängers in Regierung, Partei und Armee entmachtet. Darüber hinaus baute er per Liberalisierung und Demokratisierung in der Innenpolitik sowie durch außenpolitische Offensiven sein Charisma auf.¹

In den vergangenen zwei Jahren machte sich Li Denghui auch weltweit einen Namen. Seine „private“ Reise in die USA im Juni 1995, die von Taiwan als Durchbruch aus der außenpolitischen Isolation und von Beijing als weiterer Schritt zur Spaltung des chinesischen Vaterlands bewertet wurde, löste neue militärische Spannungen in der Taiwan-Straße aus. Die Krise erreichte einen Höhepunkt im März 1996, als die erste direkte Präsidentschaftswahl in Taiwan und auch in der Geschichte Gesamtchinas stattfand. Um die Stimmen für die Unabhängigkeit Taiwans, d.h. gegen die chinesische Vereinigung, einzuschüchtern, hatte Beijing eine Reihe von Kriegsmanövern samt Raketenabschüssen in der Taiwan-Straße unternommen. Auf der anderen Seite standen die taiwanesischen Streitkräfte in Alarmbereitschaft, und Washington schickte zwei US-Flugzeugträger, die „Independence“ und die „Nimitz“, so-

wie drei Atom-U-Boote in die Region. Nachdem Li trotz der Drohgebärden Beijings oder gerade deswegen mit einer deutlichen Mehrheit von 54% der abgegebenen Stimmen in seinem Amt als Präsident bestätigt worden war, haben zahlreiche ausländische Medien Exklusivinterviews mit ihm geführt. Die *Newsweek* brachte in ihrer Ausgabe vom 20. Mai zum zweiten Mal innerhalb zweier Monate Lis Foto auf der Titelseite und nannte ihn „Mr. Democracy“.²

Gleich nach dem Amtsantritt Lis als erster vom Volk direkt gewählter Präsident haben seine Anhänger begonnen, um den Sessel des Ministerpräsidenten zu kämpfen. Schließlich ließ er seinen engsten Protegé Lian Zhan (Lien Chan) das Amt weiterführen, obwohl dieser zum Vizepräsidenten gewählt worden war und Li während des Wahlkampfes zur Ausübung der beiden Ämter in Personalunion durch Lian nein gesagt hatte. Ferner wurden bei der Kabinettsumbildung mehrere reformfreundige und populäre Regierungsmitglieder entlassen. Besonders die Ablösung von Ma Ying-jiu (Ma Ying-jeou) als Justizminister stieß auf breites Unverständnis, weil er die notwendige Kampagne gegen die Korruption und die Unterwelt eingeführt hatte.

Bei der Amtseinführung des neuen Kabinetts im Juni 1996 verlangte Präsident Li Denghui von den Ministern, innerhalb eines halben Jahres Erfolge vorzulegen.³ Doch bereits ein Jahr danach lassen die Leistungen fast aller Ressorts zu wünschen übrig. In der Außenpolitik hat Südafrika als wichtigster Verbündeter Ende November des vorigen Jahres angekündigt, seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan am 31. Dezember d.J. abzubrechen und anschließend am 1. Januar des kommenden Jahres Beijing anzuerkennen. Am 6. Mai d.J. hat Taiwan im diplomatischen Kampf mit Beijing zwar Sao Tome und Principe, einen armen und kleinen Inselstaat im Westafrika, gewonnen, doch am 23. desselben Monats wurden die diplomatischen Beziehungen zum karibischen Inselstaat Bahamas infolge deren Anerkennung der VR China abgebrochen. In der Taiwan-Straße ist die Lage zwar inzwischen entspannt, allerdings weigert sich Beijing bislang immer noch, die nach Li Denghuis USA-Reise unterbrochenen Verhandlungen mit Taiwan wieder aufzunehmen. Ferner verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum. In der Innenpolitik nahm die Anzahl schwerer Verbrechen trotz der Fortsetzung der Aktion gegen die Unterwelt zu. Am 21. November des vorigen Jahres wurden der Kreisregierungschef von Taoyuan, Liu Bangyou (Liu Pang-yu), und acht weitere Personen in dessen Residenz massakriert. Am 30. desselben Monats wurde eine Politikerin der größten Oppositionspartei, Peng Wanru (Peng Wan-ju), in Kaohsiung vergewaltigt und ermordet. Während diese Fälle immer noch nicht geklärt werden konnten, hat die Entführung der Tochter einer sehr populären Entertainerin, Bai Bingbing (Pai Ping-ping), am 14. April d.J. die Gesellschaft erschüttert. Die Kidnapper hatten 5 Mio. US\$ Lösegeld verlangt. Infolge der schlechten Organisation durch die Polizei hat die Übergabe des Geldes nicht geklappt, und bei der Fahndung nach den Tätern passierte auch noch eine Reihe von Pannen. So konnten die Hauptverdächtigen fliehen. Später wurde die Leiche der entführten 17jährigen

²Nachdruck in ZYRB, 15.5.96. Die erste Titelseite der *Newsweek* mit Lis Bild erschien in der Ausgabe vom 1. April 1996, nachgedruckt in ZYRB, 14.5.96

³LHB, 11.6.96.

¹Ausführlich dazu siehe Yu-Hsi Nieh, „Das Profil von Li Denghui, Präsident der Republik China in Taiwan“, in C.a., 1996/6, S.612 ff.

Schülerin, Bei Xiaoyan (Pai Hsiao-yan), in einem Teich gefunden. Sie soll laut medizinischem Gutachten noch vor dem Versuch der Geldübergabe kaltblütig vergewaltigt und umgebracht worden sein.

Angesichts der zunehmenden Entführungsfälle - im letzten Jahr 140 und in den ersten drei Monaten d.J. 42 - machen sich viele Eltern Sorgen um ihre Kinder. Die Regierung geriet in die Kritik von allen Seiten, und die Opposition forderte den Rücktritt des Ministerpräsidenten. Die Regierungsseite warf jedoch den Kritikern vor, den Entführungsfall zu politisieren. Präsident Li Denghui äußerte sogar, daß die Kritiker im Interesse Beijings handelten. Am 4. Mai veranstalteten über 100 Gesellschaftsorganisationen eine große Straßendemonstration gegen die arrogante Haltung der führenden Regierungspolitiker, an der rund 50.000 Menschen teilnahmen. Sie verlangten von Präsident Li, seine Schuld zu bekennen und das Kabinettt umzubilden.

Nachdem der Präsident den Rücktritt Lian Zhans von dessen Amt als Ministerpräsident abgelehnt hatte, sorgte der sehr populäre Politiker Ma Yingjiu für großes Aufsehen, als er am 8. Mai sein Amt als Minister ohne Portefeuille niederlegte. Gleichzeitig sagte er, daß er auch nicht bereit sei, für das Amt des Oberbürgermeisters der Hauptstadt Taipei bei den kommenden Wahlen 1998 für die KMT zu kandidieren. Zur Begründung seiner Entscheidung äußerte er, er fühle als Kabinettsmitglied schmerzlich die Ohnmacht angesichts der Dekadenz politischer Moral, dem Machtmißbrauch für private Interessen, dem Ringen um Ruhm und der Schuldzuschiebung unter den Politikern auf der einen und dem zunehmenden Unmut in der Bevölkerung auf der anderen Seite.⁴

Die Regierungskrise

Die Verfassung der Republik China von 1947 sieht eine Mischform zwischen Parlamentarismus und Präsidialsystem vor. Gemäß Art. 53-57 wird der Ministerpräsident als Regierungschef vom Staatspräsidenten mit der Zustimmung des Legislativ Yuan als Parlament ernannt (siehe jüngste Veränderung unten) und trägt auch diesem gegenüber die politische Verantwortung. Da in der Praxis der KMT-Vorsitzende bislang auch das Präsidialamt bekleidet - mit Ausnahme 1975-78 als Yan Jiagan (Yen Chia-kan) Präsident war - und die KMT über die absolute Mehrheit im Gesetzgebungs Yuan verfügt, besitzt der Präsident kraft seiner Befugnis zur Ernennung des Ministerpräsidenten die Regierungsmacht. Allerdings hat die Regierungspartei im gegenwärtigen Gesetzgebungs Yuan nur noch eine knappe Mehrheit. Als Lian Zhan im März 1996 zu Vizepräsidenten gewählt worden war, reichte er formell seinen Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten ein. Nachdem dies von Präsident Li Denghui abgelehnt worden war, verabschiedete der Gesetzgebungs Yuan am 11. Juni 1996 mit 80 gegen 65 Stimmen eine Resolution, in der eine Zustimmung des Hauses zum Verbleib Lians als Ministerpräsident gemäß der Verfassungsvorschrift gefordert wurde. Dabei haben nicht nur die Abgeordneten der Opposition, sondern auch ein Teil der Abgeordneten der Regierungspartei für die Resolution gestimmt. Neben der Zustimmungfrage ist

auch umstritten, ob der Vizepräsident überhaupt gleichzeitig auch noch das Amt des Ministerpräsidenten bekleiden darf. Infolge des heftigen Widerstands kann Lian Zhan bislang über ein Jahr lang nicht zum Regierungsbericht und zu den politischen Debatten vor dem Parlament auftreten.

Auf vier Anträge zur Beilegung der letzten Frage von Abgeordneten der drei großen Parteien im Gesetzgebungs Yuan hin erließ die „Großrichter-Konferenz“ (*dafaguan huiyi*, Verfassungsgericht) am 31. Dezember des vergangenen Jahres eine doppelzüngige Verfassungsauslegung. Einerseits heißt es, daß die Vereinigung der beiden Ämter des Vize- und des Ministerpräsidenten in einer Person kein „deutlicher Verstoß“ gegen die Verfassungsvorschrift sei. Andererseits meinen die Verfassungsrichter, dies entspreche auch nicht dem Verfassungsgrundsatz im Hinblick auf die Einrichtung der beiden verschiedenen Posten. Daher fühlen sich beide Seiten, die Regierung und die Opposition, als Sieger.

Noch drei Tage vor dem Beschluß der „Großrichter-Konferenz“ hatte aber die größte Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) am 28. Dezember auf einer parteiübergreifenden „Nationalen Entwicklungskonferenz“ (*guojia-fazhan huiyi*) der Regierungspartei KMT überraschend das Zugeständnis gemacht, das Zustimmungsrecht vom Legislativ Yuan bei der Ernennung des Ministerpräsidenten durch eine Verfassungsreform abzuschaffen. Als Gegenleistung kam die KMT dem Vorschlag der DPP entgegen, die Provinzregierung Taiwan „kaltzustellen“ (*dongsheng*), d.h. Einfrierung der Wahlen des Provinzgouverneurs, die erst zwei Jahre zuvor eingeführt worden war, und des -parlaments sowie Reduzierung der Befugnisse der Provinzregierung bis auf eine nominelle Rolle. Die DPP wollte immer die Provinz ganz abschaffen, um damit Taiwan als einen von China unabhängigen Staat zu deklarieren. Darüber hinaus wurde die Entmachtung der Provinzregierung allgemein als Folge des Machtkampfes zwischen Ministerpräsident Lian Zhan und dem Provinzgouverneur Song Chuyu (James C.Y. Soong) angesehen. Denn dieser war nach eigener Angabe zu dieser Entscheidung vorher nicht konsultiert worden. Aus Protest erklärte er am 31. Dezember seinen Rücktritt. Doch, um eine Nachwahl des Gouverneurs für die Restamtsperiode - bis Ende 1998 - zu vermeiden, weigerten sich Lian und Li, Songs Rücktritt zu genehmigen.

Leidenschaftlich gegen die „Kaltstellung“ der Provinz kämpft noch die NP (New Party), eine Splitterpartei der KMT. Sie hält an der Aufrechterhaltung der Einheit Chinas, also der chinesischen Wiedervereinigung, fest und bevorzugt darüber hinaus ein parlamentarisches Regierungssystem. Um den Konsens der KMT und DPP zu boykottieren, ist sie aus der Nationalen Entwicklungskonferenz ausgetreten. Ferner haben 2.000 Akademiker, einschließlich vieler bekannter Professoren für Rechts- und politische Wissenschaft, eine Erklärung gegen die Verstärkung der Präsidialgewalt unterschrieben.⁵ Auf der anderen Seite fand eine Gruppe innerhalb der DPP, die dem ursprünglichen Standpunkt der Partei für die Einführung eines Präsidialsystems nach dem Modell der USA treu bleibt, den Konsens der Nationalen Entwicklungskonferenz für die politische Reform nicht ausreichend. Eine Split-

⁴Ebenda, 9.5.97.

⁵LHB, 24.6.97.

terpartei aus der DPP, die TAIP (Taiwan Independence Party), die einen radikalen Kurs für die Gründung einer Republik Taiwan anstelle der Republik China vertritt, attackierte noch schärfer die Zusammenarbeit der DPP mit der KMT, da diese in der Chinapolitik gegenwärtig noch bei dem Prinzip „ein Staat, zwei politische Gebilde“ (*yiguo liangqu*) bleibt.

Mitte Mai d.J., als eine Reihe von Massendemonstrationen gegen die Regierung infolge der o.g. Entführung von Bei Xiaoyan ausbrachen, wurde das Kabinett zum Teil umgebildet. Innenminister Lin Fengzheng (Lin Fong-cheng) sowie noch einige andere mußten ihre Posten wechseln oder abgeben.⁶ Gleichzeitig erklärte Lian Zhan, nach der Verfassungsreform vom Amt des Ministerpräsidenten in Personalunion zurücktreten zu wollen. Auch Li Denghui versicherte öffentlich, daß er bei der nächsten Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 nicht nochmals für das Amt kandidieren werde.⁷

Neue Verfassungsreform und Veränderung der politischen Landschaft

Infolge der Kritik in der Öffentlichkeit und des Widerstands innerhalb der eigenen Partei mußten KMT und DPP trotz des auf der Nationalen Entwicklungskonferenz erreichten Konsens beim Entwurf der Verfassungsänderungen wiederholt neu verhandeln. Schließlich, um in der Nationalversammlung die Verabschiedung der Anträge auf politische Reformen, über die sich beide Seiten verständigt hatten, zu sichern, soll die Regierung Zeitungsmeldungen zufolge diejenigen der zur eigenen Partei gehörenden Deputierten, die mit der „Kaltstellung“ der Provinzregierung nicht einverstanden waren, mit skandalösen Methoden wie z.B. Telefonabhören, überraschende Steuerprüfung und sogar Mordandrohung eingeschüchtert haben. Auch die DPP drohte ihren Deputierten mit Parteiausschluß, wenn sie bei der Abstimmung die Vereinbarungen beider Parteien nicht unterstützten.⁸ Per Handhebung wurden die neuen Verfassungsänderungen - die vierten seit 1991 - am 18. Juli nach drei Lesungen verabschiedet.

Durch die neuen Verfassungsänderungen wurde die dualistische Struktur des Regierungssystems weiter verstärkt. Auf der einen Seite kann der Staatspräsident ohne die Zustimmung des Gesetzgebungs Yuan allein den Ministerpräsidenten ernennen, auf der anderen Seite bekam der Gesetzgebungs Yuan ein neues Recht, die Anwendung des Mißtrauensvotums. Im Fall eines Mißtrauensantrages darf der Staatspräsident nach einer Konsultation mit dem Präsidenten des Gesetzgebungs Yuan diesen auflösen. Zwar kann dieser nach der neuen Verfassungsvorschrift statt des Kontroll Yuan gegen den Staatspräsidenten wegen Hoch- oder Landesverrats öffentlich Anklage (Impeachment) erheben, aber dies benötigt einen Beschluß mit Zweidrittelmehrheit aller Mitglieder des Hauses. Außerdem kann der Präsident erst entlassen werden, nachdem die Nationalversammlung dem Vorschlag des Gesetzgebungs Yuan mit der Zweidrittelmehrheit aller Deputierten zugestimmt hat.⁹

Deutlich abgeschwächt ist die Position des Ministerpräsidenten. Denn er soll einerseits im Hinblick auf seine Ernennung allein durch den Staatspräsidenten noch mehr von diesem abhängig sein, und andererseits wurde seine politische Verantwortung gegenüber dem Gesetzgebungs Yuan wegen des neuen Rechts auf Mißtrauensvotum verschärft. Er wird buchstäblich zwischen zwei Stühlen sitzen, falls das Präsidialamt und die Mehrheit im Gesetzgebungs Yuan nicht in der Hand von einer Partei liegen.

Verabschiedet in der Nationalversammlung ist auch die „Kaltstellung“ der Provinz. Statt Wahlen werden in Zukunft der Gouverneur wie das Parlament der Provinz von der Zentralregierung ernannt und statt politischer Entscheidungsbefugnis sollen sie nur noch die Funktionen von Konsultation und Koordination haben. Bislang hat die Provinzregierung bei Wahlen auf allen Ebenen eine große Rolle gespielt. Die „Kaltstellung“ der Provinz beginnt zwar erst Ende des kommenden Jahres, doch wird sie die KMT nach allgemeiner Meinung bei den bevorstehenden Kommunalwahlen auf Kreisebene Ende d.J. viele Stimmen kosten. Ferner stieß die „Kaltstellung“ von Song auf breites Unverständnis in der Öffentlichkeit, weil er zuvor immer Li Denghui recht Hand war. Einer von der *Lianhebao* (*United Daily News*) durchgeführten Meinungsumfrage zufolge ist die Popularität Songs unter der Bevölkerung nach der Verabschiedung der neuen Verfassungsänderung von 82% auf 83% gestiegen. Hingegen fiel das Ansehen des Präsidenten Li von 58% auf 54% und des Ministerpräsidenten Lian Zhan von 35% auf 34%.¹⁰ Nach einer anderen demoskopischen Umfrage, die von der taiwanesischen Niederlassung der Firma Louis Harris International im Auftrag der einheimischen Wochenzeitschrift *Shangye Zhoukan* (*Business Weekly*) Ende Juli durchgeführt wurde, wollen 22,6% der 1.084 über 20jährigen Befragten Song ihre Stimme geben, wenn jetzt die Präsidentschaftswahlen stattfinden würden. Ihm folgt der zur DPP gehörende Oberbürgermeister der Hauptstadt Taipei, Chen Shuibian, mit einem Anteil von 19,5%. Li Denghui steht mit 10,1% an dritter und Lian Zhan mit nur 1,8% an sechster Stelle.¹¹ Falls Li im Jahr 2000 tatsächlich bei der Präsidentschaftswahl nicht nochmals kandidiert und Lian und Song gleichzeitig um Lis Nachfolge kämpfen, könnte Chen durchaus der „lachende Dritte“ sein.

Präsident Li Denghui hat am 17. Juli gesagt, daß Taiwan nach der neuen Verfassungsänderung mit einer politischen Stabilität für 30 Jahre rechnen könne.¹² Doch es scheinen im Gegenteil noch weitere Nachbeben in der Politik zu folgen.

⁶Ausführlich dazu siehe C.a., 1997/5, Ü 24.

⁷ZYRB, 13.-16.5.97.

⁸LHB, 15.-18. und 23.7.97; ZYRB, 17.7.97.

⁹Ausführlich zu den neuen Verfassungsänderungen siehe entsprechende Übersicht in diesem Heft.

¹⁰LHB, 19.7.97.

¹¹Ebenda, 8.8.97; CP, 8.8.97

¹²ZYRB, 18.7.97.